

Von der Leyens Geheimplan für Europas Energieversorgung

Welt, 18.02.2022, Tobias Kaiser

https://www.welt.de/wirtschaft/plus236997401/Internes-Papier-Von-der-Leyens-Geheimplan-fuer-Europas-Energieversorgung.html?sc_src=email_1786382&sc_lid=173803605&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2911&sc_cid=1786382&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

In Brüssel stellt man sich darauf ein, dass sich die Versorgungslage bei Erdgas bis zum nächsten Winter nicht bessert

Die EU-Kommission arbeitet an einem Krisenplan und zusätzlichen Speicherkapazitäten für den kommenden Winter. Das zeigt ein internes Dokument der Behörde, das WELT AM SONNTAG vorliegt. Er sieht Anreize und Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten vor, die Kontroversen auslösen dürften.

Die Europäische Kommission arbeitet an einem Krisenplan, um auch im kommenden Winter die Versorgung mit Gas und anderen Energieträgern sicherzustellen. Das geht aus einem internen Papier der Behörde hervor, das WELT AM SONNTAG vorliegt.

Die Kommission arbeite, „an zusätzlichen Maßnahmen, um erschwingliche Energie und ausreichende Speicherkapazitäten sicherzustellen“, heißt es in dem Entwurf einer Mitteilung der Behörde. „Das zusammen mit einem Krisenplan und Speichern für den nächsten Winter wird die EU gegen Schocks wappnen.“

Die Kommission stellt sich demnach darauf ein, dass die Versorgungslage bei Erdgas sich bis zum nächsten Winter nicht bessert und dass EU-Länder bis in das kommende Jahr hinein mit überdurchschnittlich hohen und stark schwankenden Energiepreisen konfrontiert sein werden.

Verantwortlich dafür seien die weltweit hohe Nachfrage nach Erdgas und geopolitischen Faktoren wie die derzeitige Ukraine-Krise. „Mittelfristig werden Energiepreise mindestens bis 2023 volatil und höher als im Schnitt der Vergangenheit bleiben“, schreiben die Experten der Behörde.

Die Kommunikation soll laut der internen Planung der Kommission am 2. März von Vizepräsident Frans Timmermans präsentiert werden. Bis dahin sind Änderungen vor allem an Details noch möglich.

Der Entwurf, der WELT AM SONNTAG vorliegt, listet aber bereits zentrale Gesetzgebungsmaßnahmen auf, mit denen die Behörde gegensteuern will. Ein Teil davon wurde bereits angekündigt, viele davon sind aber auch neu. Zu den neuen Vorhaben gehört auch ein neuer „Gas für den Winter“-Plan, der die Versorgungssicherheit in Europa unterstützen soll.

EU-Mitgliedstaaten sollen Mindestmengen an Gasspeicherung zusichern

Er sieht Anreize und Verpflichtungen vor, damit die nationalen Gasspeicher vor dem nächsten Winter ausreichend gefüllt sind. Die Mitgliedstaaten sollen demnach rechtlich auf eine Mindestreserve verpflichtet werden.

„Die Kommission schlägt eine rechtliche Verpflichtung für Mitgliedstaaten vor, bis zum 30. September jeden Jahres eine Mindestmenge an Speichermengen zuzusichern“, heißt es in dem Entwurf. Wie hoch die Speichermenge sein soll, darüber wird in der Behörde offenbar noch diskutiert. „Mehr Details nötig“, heißt es in einer Anmerkung in dem Entwurf, der WELT AM SONNTAG vorliegt.

Zudem sollen die Mitgliedstaaten den Betreibern von Gasspeichern künftig strengere Vorgaben machen und sie auf Mindestspeichermengen verpflichten. „Zusätzlich hält die Kommission Mitgliedstaaten an, Unternehmen, die Speicherstätten in der EU betreiben, Lagerstände vorzugeben und sicherzustellen, dass nationale und regionale Gasspeicherkapazitäten zu Beginn jeder Heizperiode ausreichen.“

Den nationalen Regierungen soll erlaubt werden, die Speicherbetreiber dabei finanziell zu unterstützen. Regierungen könnten unter anderem das finanzielle Risiko von Preisschwankungen übernehmen, heißt es in dem Papier. Unter bestimmten Voraussetzungen könnten Regierungen diese Hilfen auch freihändig ohne Bieterverfahren vergeben. Staaten könnten die Speicherbetreiber aber verpflichten, im Gegenzug ihre Bestände über den Winter gleichmäßig abzugeben.

Die Kommission wird zudem ein Pilotprojekt starten, in dessen Rahmen Mitgliedstaaten gemeinsam Gas beschaffen. Das verlangen Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien seit Längerem. Im Juli will die Behörde zudem einen umfassenden Überblick über Speicherkapazitäten in der EU und künftige Anforderungen veröffentlichen. Anfang Februar waren die Speicher in der EU laut Kommissionsinformationen im Schnitt zu 37 Prozent gefüllt.

Staaten sollen zur Finanzierung Gewinne von Stromkonzernen abschöpfen

Das Papier listet auch kontroverse Maßnahmen auf. So ermuntert die Behörde nationale Regierungen, hohe Gewinne bei Stromproduzenten abzuschöpfen. Produzenten mit niedrigen Kosten profitierten von den derzeit hohen Strompreisen, die sich an den Kosten der teuersten Produktionsmethode orientieren.

„Um in der gegenwärtigen Krise Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren, könnten Mitgliedstaaten einen Teil dieser zusätzlichen Rendite durch spezifische fiskalische Maßnahmen abschöpfen“, heißt es in dem Entwurf. „Solche Maßnahmen sollten aber sorgfältig konzipiert sein, um Marktverzerrungen zu vermeiden.“

Die Kommission ermuntert zudem die Mitgliedstaaten in die Preisfindung auf dem Strommarkt einzugreifen – allerdings wohl dosiert und überlegt. So ließen es die EU-Regeln zu, dass Staaten die Strompreise für ärmere Haushalte deckeln, genauso wie die Strompreise für kleine Unternehmen.

Zudem könnten Staaten auch die Beihilfe-Ausnahmen in der Covid-Krise nutzen, um Unternehmen finanziell zu helfen. Die Situation auf den Energiemärkten sei eine Folge der Covid-Pandemie, heißt es in dem Papier.

Es listet auch zusätzliche Maßnahmen, um die Produktion und Nutzung von klimafreundlichen Alternativen zu Erdgas voranzutreiben. So will die Behörde eine

europäische Wasserstoffbörse schaffen, um die Wasserstoffnutzung in Europa zu beschleunigen.

An den Details arbeiten die Experten offenbar noch: „Was/wie/wann?“, steht in einer Anmerkung daneben. Die Kommission will auch ihre Arbeiten an Regeln für einen europäischen Wasserstoff-Markt beschleunigen.

Außerdem setzt die Behörde stärker als bisher geplant auf Biogas. „Die Kommission schlägt vor, auf EU-Ebene das Ziel zu setzen, bis 2030 35 Milliarden Kubikmeter Biogas zu produzieren. Mitgliedstaaten sollten Strategien für erneuerbare Gase verabschieden, die sich eng an diesem Ziel orientieren“, heißt es in dem Papier. Die Behörde will die nationalen Regierungen zudem ermuntern, Subventionen aus der gemeinsamen Agrarpolitik dafür zu nutzen.